

Knut Korschewsky

Rede auf dem

1. Landesparteitag DIE LINKE. Thüringen  
am 01./02. Dezember 2007 in Mühlhausen

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Es gilt das gesprochene Wort!

### **Zeit für Veränderungen**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
sehr verehrte Gäste!

Am 31. März dieses Jahres haben wir in der Messehalle Erfurt eine gemeinsame Landesbasiskonferenz der Linkspartei. PDS und der WASG mit mehr als 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Das große Interesse von damals zeugte davon, dass ein neuer Aufbruch der LINKEN auch in Thüringen gewollt wird.

Ich sprach damals von der Baustelle Parteibildung und den noch notwendigen und folgenden Ausbaumaßnahmen.

Nun sind seit dieser Basiskonferenz viele Monate vergangen und auch in der Zwischenzeit viele Ereignisse eingetreten.

Da hat es die Parteibildung als solches am 16. Juni in Berlin gegeben, und auch wir Thüringer haben unseren Landesverband in Gotha gegründet. Und letztlich habt Ihr alle in den letzten 3 Monaten mit dafür gesorgt, dass unsere Baustelle Parteibildung nun auch fertig gestellt worden ist und alle Mieterinnen und Mieter einen Platz im neuen Haus gefunden haben.

In der Zeit vom 8. September bis zum 27. Oktober wurden alle Gebietsverbände unserer jetzt gemeinsamen Partei neu konstituiert. Für diese wirklich tolle logistische, aber vor allem auch politische Leistung möchte ich mich bei allen Beteiligten ganz ganz herzlich bedanken.

Wir sind jetzt eine Partei, und ein wir und ihr gibt es ab sofort nicht mehr.

Nun sind alle organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um jetzt mit Volldampf als LINKE politisch im gesellschaftlichen Raum agieren zu können.

Und es ist nun auch an der Zeit, dass wir Gregor Gysis Worten vom Berliner Parteitag nun auch einmal Taten folgen lassen müssen. Ab jetzt und sofort nur noch 10 % Arbeit nach innen und 90 % nach außen für eine erlebbare Partei auf der Straße.

Ja, es ist so. Diese Parteibildung hat für Aufsehen gesorgt.

Und auch heute sind die Blicke weiter auf uns gerichtet. Klappt es denn auch wirklich?

Schaffen es Linke, sich wirklich zu vereinen und eine starke Gegenwehr zur Neoliberalen Politik zu sein?

Oder passiert es wieder, wie schon oftmals geschehen, dass man sich Amöbenhaft zersplittert.

Unseren politischen Gegnern wäre das Letztere natürlich recht. Und die Hoffnung haben sie da auch noch nicht aufgegeben. Nur werden wir alles dafür tun, dass ihre Erwartung sich nicht erfüllt.

Ich glaube zutiefst, dass unsere Partei die richtigen Schlussfolgerungen aus den letzten, sicherlich nicht nur erfolgreichen Jahren gezogen hat.

Wir haben es mit der Kraft der Mitglieder geschafft, das fatale Wahlergebnis zu den Bundestagswahlen 2002 vergessen zu machen.

Viele unserer politischen Gegner hatten uns zu diesem Zeitpunkt schon als erledigt abgeschrieben und es gab auch in unseren Reihen nicht Wenige, die Angst vor der Zukunft hatten.

Wir haben uns aber nicht beirren lassen und schon mit den Landtagswahlen 2004 und den dann folgenden Bundestagswahlen 2005 die richtige, und ich will hier deutlich sagen, die einzig richtige Antwort gegeben.

Diese Antwort lautete: Jetzt erst recht. Deutschland braucht als Gegenwehr zum herrschenden Kurs eine starke Linke.

Dieses jetzt erst recht war aber nur möglich, weil wir auch in der Minute der Niederlage zueinander gestanden haben, nicht nur den oder die Schuldige gesucht haben und damit die Solidarität, für die wir nach außen kämpfen auch nach innen gelebt haben.

Darauf, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich sehr stolz und möchte diese Solidarität mit unseren eigenen Genossinnen und Genossen auch nicht missen.

**Das** macht eine unserer Stärken aus.

Das sollten wir uns stets vor Augen halten!

Damit ist es gelungen, eine starke gesamtdeutsche Partei zu konstituieren. Ich will aber heute auch noch einen ganz wichtigen Aspekt der Parteibildung hervorheben.

Das ist der internationale Aspekt. Ich mache das am konkreten anschaulichen Beispiel.

Mitte September waren auch wir Thüringer wieder mit einer Delegation zum Pressefest der L'Humanitete in Paris. Unglaublich viele Menschen aus ganz Europa, ja man kann sagen der ganzen Welt, befragten uns nach dem Stand unserer Bemühungen der Bündelung linker Kräfte.

Gerade nachdem es in einigen europäischen Ländern einen deutlichen Rechtstrend gegeben hat, ich erinnere hier nur an Frankreich, wird mit unserer deutschen linken Entwicklung eine große Hoffnung verbunden.

Eine Hoffnung, dass es auch in anderen Ländern Europas gelingen möge, linke Kräfte zu bündeln und einer weiteren rechten Entwicklung entgegenzuwirken bzw. sie zurückzudrehen.

Das ist wirklich eine historische Aufgabe!

Und nicht zuletzt wird die Wichtigkeit dieser europäischen Komponente der Bildung der Linken in Deutschland auch noch damit bestärkt, dass unser Parteivorsitzender Lothar Bisky vor wenigen Tagen in Prag auf dem Kongress der europäischen Linkspartei zum Vorsitzenden dieser Europäischen Linkspartei gewählt wurde.

**Lieber Lothar**, Du hast sicherlich in der letzten Woche schon viele Glückwünsche erhalten und trotzdem oder gerade darum auch von unserem heutigen Parteitag aus von uns Thüringern die herzlichsten Glückwünsche zu Deiner Wahl, viel Kraft und auch in Europa das gute Händchen, was Du in unserer Partei immer hattest.

Wir Thüringer werden unseren Beitrag zur Stärkung der europäischen Linkspartei leisten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir haben in den letzten Monaten viel erreicht. Das ist so, und das dürfen wir uns auch von niemandem klein reden lassen.

Man kann es auch so formulieren: ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst DIE LINKE. Davor fürchten sich am allermeisten unsere politischen Konkurrenten, und hier an erster Stelle die CDU.

Nicht umsonst reagieren sie in den letzten Monaten auf alle Äußerungen, Veranstaltungen oder Vorschlägen der Linken nicht nur unangemessen und allergisch, sondern aggressiv, ja ich will deutlich sagen, einer demokratischen Partei unwürdig.

Wie anders soll ich mir sonst Äußerungen des Ministerpräsidenten Althaus und seines Scharfmachers Mike Mohring oder des Landtagsabgeordneten Panse von „blutigen Händen“ und „roten Lumpen“ erklären.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Sprachgebrauch der Rechten und spielt ihnen in die Hände. So ist es keine Wunder, dass die NPD Thüringen händereibend solche Äußerungen auf ihrer Internetseite wiedergibt.

**Zitat auf der Internetseite vom 27.6.2007.** „ NPD unterstützt Panse im Kampf gegen die „Roten Lumpen“.

Die CDU scheint aber auch daraus nichts gelernt zu haben.

Das ist nichts anderes als zähnefletschender Antikommunismus, der auch schon vor der Wende 40 Jahre lang in der Bundesrepublik gang und gäbe war.

Dass hier eine bestimmte Strategie verfolgt wird, wird nicht zuletzt auch an Beschlüssen des Kreisparteitages der CDU des Saale-Orla-Kreises und auch an Aktivitäten der Jungen Union gegen eine Konferenz zur Oktoberrevolution am 3. November in Gera deutlich.

Dabei geht es um die Gleichsetzung von Linker und NPD oder um das Schwingen der Stasi-Keule.

Offensichtlich haben sie keine Argumente gegen uns!

Und die Vergangenheit einseitig zu zitieren, ist unglaublich, wenn es von einer Blockflötenpartei kommt. Das wissen die Menschen und dafür gibt es eine Quittung.

Ich kann Herrn Althaus und Teilen seiner CDU und seiner Vorfeldorganisation nur sagen: Wenn sie nichts anderes mehr aufbringen können, keine Argumente mehr haben, dann sollten sie sich endlich in ihren viel zu teuer bezahlten Ruhestand zurückziehen und das Land nicht weiter in den Abgrund führen.

17 Jahre schwarzer Traurigkeit in Regierungsverantwortung sind nun endlich genug.

Ich will das auch an einigen konkreten Beispielen nachweisen, warum es nun Zeit für politische Veränderung ist:

### **1. Der so genannte kommunale Finanzausgleich**

Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode eine Menge von Niederlagen vor Thüringer Gerichten kassiert. Diese Urteile sind nur die jüngsten Ergebnisse einer gescheiterten CDU Thüringen in den Jahren seit 1990. Was seit dieser Zeit an politischen Fehlentscheidungen zu verantworten ist, muss seit geraumer Zeit durch die Gerichte wieder korrigiert werden.

Im Sommer 2005 hatte das höchste Thüringer Gericht entschieden, dass wesentliche Teile des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen verfassungswidrig sind. Damit hat das Verfassungsgericht die Auffassung der LINKEN seit 1995, wo das Gesetz erstmalig in Kraft trat, bestätigt.

Das Gericht hat kritisiert, dass niemals begründet worden ist, weshalb die Kommunen einen bestimmten Prozentsatz von den Landeseinnahmen erhalten.

**Unstrittig** ist, dass die Kommunen als verfassungsrechtlicher Bestandteil der Länder an den Landeseinnahmen zu beteiligen sind.

**Strittig** ist aber die Frage, in welchem Ausmaß und für welche Aufgaben.

Bisher erhielten die Kommunen etwas weniger als ein Viertel der Landeseinnahmen. Dies bedeutet, dass die Kommunen etwas mehr Geld bekommen, wenn es dem Land besser geht und etwas weniger Geld bekommen, wenn es dem Land schlechter geht.

Diesen Grundsatz des auf und ab hat die CDU-Regierung schon dadurch gebrochen, dass es bei den Kommunen immer gekürzt hat.

Das Verfassungsgericht ist nun der Auffassung, dass diese beschriebene prozentuale Beteiligung der Kommunen an den Landeseinnahmen möglich ist, wenn zuvor ermittelt wird, wie viel Geld die Kommunen überhaupt benötigen, um alle ihnen obliegenden Aufgaben überhaupt erfüllen zu können.

Zusätzlich zu dieser Mindestausstattung müssen die Kommunen auch noch über einen Finanzbetrag verfügen können, der es ihnen ermöglicht, freiwillige Aufgaben zu finanzieren.

Andernfalls würde das grundgesetzlich geschützte Recht der kommunalen Selbstverwaltung ad absurdum geführt.

Was war also die Aufgabe der Landesregierung?

Sie musste zunächst ermitteln, wie viel Geld die Kommunen brauchen, um alle Aufgaben zu erledigen und anschließend einen Vorschlag unterbreiten, wie viel Geld die Kommunen für freiwillige Aufgaben zusätzlich erhalten. Eigentlich ist das eine simple Rechen-, eine Fleißaufgabe!

Doch was hat diese Regierung tatsächlich getan?

Sie hat in einer Umfrage die Ist-Ausgaben der Jahre 2003 bis 2005 abgefragt und tut so, als wären die tatsächlichen Ausgaben der kommunale Bedarf.

Diese Rechnung ist, mit Verlaub, großer Blödsinn.

Damit hat die CDU-Landesregierung nicht nur das Verfassungsgericht missachtet, indem sie die realen Ausgaben in den Finanzbedarf der Kommunen fahrlässig uminterpretiert hat und somit die Kommunen um ihr verfassungsrechtlich zustehendes Geld betrügt.

Das Land hat auch einen so genannten Korridor gebildet.

Dabei meint das Land, dass der Durchschnitt der tatsächlichen Aufgaben gleichzeitig die maximal zulässige Obergrenze für Wirtschaftlichkeit ist. Die CDU-Landesregierung behauptet, dass alle Kommunen, die über dem Landesdurchschnitt der tatsächlichen Ausgaben liegen, das Geld zum Fenster rausschmeißen würden.

Damit wird der ohnehin schon fragwürdig errechnete Finanzbedarf der Kommunen nochmals nach unten schön gerechnet und die Kommunen werden nochmals um ihr Geld betrogen.

Die CDU-Landesregierung unter Althaus kürzt erst massiv bei den Kommunal финанzen und sagt anschließend, dass wenige ausgegebene Geld entspricht dem Finanzbedarf.

Diese Rechnung ist für die Kommunen ein Hohn und soll ihnen bescheinigen, dass sie nicht rechnen bzw. wirtschaften können.

Denn infolge der massiven Kürzungen durch das Land, wie es 2005 geschehen ist, mussten die Kommunen ihre Ausgaben drastisch reduzieren.

Alle wissen, dass dies zunächst in den Bereichen Soziales und Kultur und bei den Investitionen erfolgt.

Nur ein Beispiel: Die Thüringer Kommunen haben im Jahr 1993 für rund 1,77 Mrd. EUR investiert. Zehn Jahre später, also im Jahre 2003, investierten die Kommunen in Thüringen nur noch 784 Mio. EUR, also rund eine Milliarde Euro weniger. Das Investitionsvolumen ging 2005, als das Land massiv in die Kommunal финанzen eingeschnitten hatte, auf nur etwas mehr als 600 Mio. EUR zurück.

Der kommunale Investitionsbedarf in die Unterhaltung der Infrastruktur liegt weit über den tatsächlichen Ausgaben.

Es wird immer schwieriger, neue Investitionen zu beginnen und die kommunale Infrastruktur zu erhalten.

Wer sich noch ein paar Jahre zurück erinnert, wird wissen, wohin dieser Zustand führt. Kommunales Vermögen wird vernichtet und zunehmend unbrauchbar.

Das Geld, das heute nicht zur Verfügung steht, damit es in Erhaltungsmaßnahmen gesteckt werden kann, werden wir in ein paar Jahren in viel höherem Ausmaß benötigen, um die größten Schäden zu reparieren.

**Erstens:** Wenn es diese CDU-Landesregierung zulässt, dass die Kommunen ihr Vermögen nicht mehr erhalten können, begeht sie Raubbau am gesellschaftlichen Vermögen und lebt auf Kosten der künftigen Generationen.

Es ist einfach unredlich, zuerst den Kommunen das Geld zu nehmen, das sie dringend brauchen und anschließend zu behaupten, die Kommunen könnten nicht wirtschaftlich arbeiten.

**Zweitens:** Sollte die CDU nicht immer ihr Verhalten auf andere übertragen, von ihrer Verantwortung ablenken und die Probleme, zu deren Lösung sie auf Landesebene nicht fähig ist, auf die kommunale Ebene mit den Bürgermeistern und Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen abwälzen.

Wer die Kommunen knebelt und ihnen die Luft zum Atmen nimmt, weil er selber nicht mehr weiter weiß und das mit Lügentiraden auf dem Rücken der Kommunen austrägt, sollte endlich die Konsequenz ziehen, und seinen Hut nehmen.

## **Zweites Beispiel Arbeitsplatzabbau in Thüringen**

Bike Systems war ein traditioneller Fahrradhersteller. Ihr alle habt in den letzten Monaten davon gehört. Mit 135 Beschäftigten schon fast ein Großbetrieb in Thüringen. Das alleine sollte doch eigentlich Grund genug für eine Landesregierung sein, alles dafür zu tun, dass die Arbeitsplätze erhalten werden. Aber wieder einmal weit gefehlt.

Seit Anfang Juli diesen Jahres kämpfte die Belegschaft des Nordhäuser Fahrradwerkes Bike Systems GmbH um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, den Erhalt des Standortes Nordhausen, um Gerechtigkeit und damit letztlich gegen einen milliardenschweren Gegner Lone-Star, eine der mittlerweile vielen so genannten Heuschrecken, denen es um nichts anderes geht, als um Profit, Profit und nochmals Profit.

Bereits Anfang des Jahres bekam die Bike Systems GmbH einen neuen Geschäftsführer, welcher auch schon im sächsischen Schwesternwerk tätig war.

**Seine Aufgabe:** Abwickeln und zerschlagen!

So kam es, dass am 20. 6. 2007 verkündet wurde, dass die Bike Systems GmbH zum 30. 6. 2007 die Produktion einstellt.

Tief betroffen und erschrocken über diesen Schritt des Gesellschafters, beschloss die Belegschaft am 10. 7. dieses Jahres bei einer Betriebsversammlung, das Werk zu besetzen

und ihre Arbeitsplätze zu sichern. Es gab eine große Solidarität weiter über die Region Nordhausen hinaus.

Leider nicht bei der CDU-Landesregierung.

In Nordhausen stand man also von der herrschenden Politik alleingelassen da.

Der Ratschlag seitens der Landesregierung war, dass man schon im Juli das Angebot der Geschäftsführung annehmen sollte, was nichts anderes hieß, als der Verlust der Arbeitsplätze hinzunehmen, und sich möglicherweise mit einem Sozialplan, der zumal noch in den Sternen stand, zufrieden zu geben.

Letztlich der Gipfel war das MDR-Interview des Wirtschaftsministers am 10. 10., in dem Herr Reinholz allein der Gewerkschaft IG Metall und dem Betriebsrat die Schuld an der Situation gab und für die Zukunft empfahl, man sollte doch einfach auf die Politik und den Wirtschaftsminister hören.

Hören etwa auf Befürworter von zwielichtigen Finanzspekulantentum?

Kein Wunder, dass sich die Menschen von dieser Landesregierung abwenden, die sie einfach im Stich lässt!

Nichts war bei Herrn Reinholz zu hören davon, dass es der Belegschaft gelungen war, in Eigenregie in kürzester Zeit Bestellungen von 1800 Fahrrädern zu akquirieren und diese zu produzieren oder wenigstens von einer kleinen Idee zur Rettung des Nordhäuser Werkes. Mittlerweile ist nun Bike Systems in die Insolvenz gegangen und endgültig geschlossen worden.

Es ist schon schamlos, wie diese CDU-Landesregierung vom Aufschwung in Thüringen spricht und tatenlos zusieht, wie immer mehr gesunde Arbeitsplätze vernichtet werden und damit auch immer mehr gut qualifizierte Facharbeiter und Ingenieure mit ihren jungen Familien in andere, meist westliche, Bundesländer abwandern weil sie hier keine Perspektive sehen. Wie stellte Frau Merkel gerade fest: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.“ Dieser Satz ist geradezu ein Hohn eingedenk der wirklichen Situation der Menschen.

Den ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bike Systems GmbH möchte ich für ihr mutiges und engagiertes Wirken meinen Respekt und unsere Anerkennung sagen.

Es tut gut zu wissen, dass es Menschen gibt, die nicht alles widerspruchslos mit sich machen lassen und den ungleichen Kampf um ihre Arbeitsplätze führen wollen.

Ihr habt nicht umsonst gekämpft! Ihr habt anderen Mut gemacht!

Seit letzter Woche stehen nun beim Erfurter Logistikunternehmen Fiege wieder ca. 150 Arbeitsplätze zur Disposition und sollen in die westlichen Bundesländer verlagert werden.

Und auch bei dem traditionsreichen Feinkostunternehmen Hopf droht Arbeitsplatzverlust. Ich bin einmal gespannt, ob hier die Landesregierung aktiv wird, um Arbeitsplätze, die mit Fördergeldern geschaffen wurden, im Lande zu behalten.

Liebe Mitarbeiter von Fiege und von Hopf!

Unsere Unterstützung habt ihr zu jeder Zeit, das sei von dieser Stelle aus angemerkt!

### **Drittes Beispiel**

#### **Das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik**

Auch, wenn sich die Landesregierung mit ihrer Familienpolitik brüstet, kann sie die Menschen in diesem Land nicht davon überzeugen, dass es zu ihren Gunsten ist.

Familien, die ihre Kinder nicht mit zwei Jahren in die Kita geben können, weil ihnen dann 250 Euro fehlen wissen ebenso ein Lied davon zu singen, wie Erzieherinnen in den Kindertagesstätten, die die Personalkürzungen nur mit ihrer privaten Zeit und ihrer eigenen Gesundheit ausgleichen können. Das hat die repräsentative Umfrage des Landeselternverbandes Kindertagesstätten ergeben, die dieser bei Leiterinnen von Kindertagesstätten durchgeführt hat.

Wie sie berichten, ist in vielen Einrichtungen die Personalausstattung auf die Mindestanforderung zurückgefahren worden, so dass es in Krankheitszeiten und für wichtige Zusatzaufgaben keinen Puffer mehr gibt.

Wenn Erzieherinnen mit Eltern sprechen, wenn sie ihre Arbeit vor- oder nachbereiten wollen, müssen sie das häufig in ihrer Freizeit tun.

Wenn - vor allem ältere Kolleginnen - wegen dauerhafter Überlastung länger oder öfter krank werden, müssen die anderen Kolleginnen das ausgleichen, was auch bei ihnen zu Überforderungen und nicht selten wiederum zu Krankheiten führt.

Davon will die CDU-Landesregierung aber nichts wissen.

Sie ist nach wie vor der Überzeugung, und verkündet das auch häufig und gerne, dass ihre Familienpolitik ein Erfolgsrezept sei.

Ministerpräsident Althaus ist sich auch nicht zu schade dafür, den Preis des dubiosen Familiennetzwerkes anzunehmen, der von Eva Herman unterstützt wird.

Von der Eva Herman, die wegen ihrer lobenden Aussagen über die NS-Familienpolitik von der ARD entlassen wurde. Das muss man sich einmal vorstellen!

Seit der letzten Statistik vom März dieses Jahres wissen wir, dass gut sechs Prozent weniger Kinder im Alter zwischen zwei und drei Jahren eine Einrichtung besuchen.

Minister Zeh interpretiert dieses Ergebnis gerne dahingehend, dass das kein wesentlicher Rückgang sei. Diese Zahl wird aber dadurch geschönt, dass mehr Kinder von Eltern, die sich einen Verzicht auf das Erziehungsgeld leisten können, ihre Kinder nun aufgrund des vorgezogenen Rechtsanspruches ein halbes Jahr früher in die Kindertagesstätten geben können.

Und wenn man weiß, dass sich gerade Familien mit einem schmalen Geldbeutel dafür entscheiden müssen, ihr Kind später in die Kita zu geben, wissen wir, dass auch hier die Familienoffensive versagt hat.

Gerade für Familien, die eine institutionelle Unterstützung brauchen, ist es ein erheblicher Einschnitt, wenn sie sich gegen die Kindertagesstätte entscheiden müssen.

Gegen diese Familienpolitik der CDU-Landesregierung hat sich das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik mit großem Erfolg gewehrt.

Mehr als 25.000 Unterschriften wurden gesammelt. Also doch ein deutlicher Beweis dafür, dass das Volk eine andere Familienpolitik will.

Wer nun aber denkt, dass das Herrn Althaus zum Nachdenken veranlasst, der sieht sich wieder einmal getäuscht.

Das ist für mich ein klares Zeichen von einem defizitären Demokratieverständnis. Was nun folgt, ist eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht, ob der Inhalt des Volksbegehrens überhaupt verfassungskonform sei. Also eine Klage gegen das eigene Volk. Eine Landesregierung, die gegen das eigene Volk klagt, hat verspielt, dieses Volk regieren zu wollen.

Ich bin schon heute gespannt, welche juristischen Winkelzüge die Landesregierung gegen die erste Etappe des Volksbegehrens für mehr Demokratie auf kommunaler Ebene finden wird.

Entscheidend scheint jedenfalls für sie zu sein, dass die Meinung des Volkes verhindert wird.

Das hat schon einmal eine Einparteienherrschaft probiert und ist grandios gescheitert! Herr Althaus, wie war dieser Spruch noch mit dem Zu spät kommen und dem Leben?

#### **Viertes Beispiel**

#### **Versäumnisse/Fehler der Landesregierung im Umgang mit der rechtsextremen Gefahr**

Thüringen ist einer der Hauptschuldigen, dass der erste Verbotantrag gegen die NPD im Jahre 2003 auf Grund der Verfassungsschutzspitzel in den Reihen der NPD gescheitert ist. Die Landesregierung ist aber bis heute nicht bereit, durch den Abzug von V-Leuten aus den Führungsetagen der Neonazis den Weg für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren frei zu machen.

Und da stören sie weder Unterschriftenaktionen noch breite Bündnisse über Parteigrenzen hinweg für ein erneutes Verbotsverfahren.

Thüringen ist nach Sachsen und Mecklenburg/ Vorpommern Aufmarschgebiet der Neonazis für 2009. Da ändern auch die neuesten Erhebungen aus dem Thüringenmonitor 2007 nichts daran.

Das Grundübel rechtsextremer Gefahr in Thüringen bleibt bestehen.

Innenminister Gasser hat in letzter Zeit an mehreren Stellen die Gefahr eines möglichen Einzugs der NPD in den Landtag 2009 verneint.

Dies ist grob fahrlässig, da die Öffentlichkeit im Land und den Kommunen hinsichtlich der Chancen der NPD getäuscht werden.

Wir sollten nicht erst wach werden, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist

Das Innenministerium erkennt auch weiterhin nicht die besondere Gefahr an, die durch rechtsextreme Aktivitäten im vorpolitischen Raum entstehen. So reagiert man unzureichend oder zu spät auf Unterwanderungsversuche in Vereinen und Verbänden, wie in den letzten Monaten ja häufig geschehen.

Hinzu kommt, dass das Landesamt für Verfassungsschutz extrem auskunftsunwillig ist und keine Frühwarnfunktion übernimmt.

Selbst Journalisten beschwerten sich regelmäßig über die dünnen oder ausbleibenden Informationen aus dem Amt und die Kommunen bekommen keine oder verspätete wichtige Angaben zu bevorstehenden Aktionen der Neonazis wie Hauskäufen, Vereinsgründungen, getarnten Nazi-Konzerten und anderen Dingen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass es bis heute kein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus gibt.

Derzeitig ist unsere Fraktion dabei, ein solches auf den Weg zu bringen. Ich bin schon jetzt gespannt, wie die CDU-Mehrheitsfraktion im Landtag darauf reagieren wird.

Erst seit 2007 fördert das Land überhaupt die Mobile Beratung für Demokratie gegen Rechtsextremismus wenigstens durch Projektmittel. Alle anderen neuen Bundesländer förderten ähnliche Programme durch Ko-Finanzierungen.

Thüringen tut sich aber auch heute noch mit einer institutionellen Unterstützung schwer.

Damit werden Schulungen von wichtigen Multiplikatoren und Bildungsträgern immer noch dem Zufall und dem persönlichen Interesse überlassen.

Es gibt keine stringente Verankerung des Themas etwa in der Aus- und Fortbildung von PädagogInnen, PolizistInnen sowie JuristInnen etc.

Mit dem „Gemischtwarenladen“ Landesstelle Gewaltprävention setzt die Landesregierung ein deutliches Zeichen für die Unterbewertung dieses Themas.

Das muss sich deutlich verändern.

Eines wird jedoch an Hand dieser Beispiele leider deutlich. Auch bei diesem Thema hat die CDU-Landesregierung versagt.

Es werden keine Konsequenzen aus den Ergebnissen der Monitor-Studien gezogen. Sonst müsste das Land intensiv Maßnahmen gegen autoritäre, nationalistische und rassistische Einstellungen in der Bevölkerung einleiten und demokratische Beteiligungsrechte stärken, also nun endlich ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus auflegen.

Dazu gehört aber auch, reaktionäre Reden im Landtag zu unterlassen.

Ich meine Reden, wie sie die CDU-Abgeordnete Stauche in der letzten Plenarsitzung gehalten hat. Unsere Forderung, die diskriminierende Praxis nach

Asylbewerberleistungsgesetz (Bargeld statt Gutscheine) zu ändern, kommentierte sie so, ich zitiere: „Wir können dieses Land Deutschland nicht kaputtmachen, indem wir die ganze Welt bei uns aufnehmen. Da sieht es dann nämlich auch so aus wie überall.“

Solche Äußerungen leisten der Ausländerfeindlichkeit noch Vorschub und erledigen damit das Geschäft der Rechten!

Rechtsextremismus wird zu häufig als Problem von Außen beschrieben: Entweder kommen Neonazis aus dem Westen oder Sachsen oder die DDR muss nach 18 Jahren immer noch als Ursache herhalten.

Es gibt keine offene Debatte über die verschiedenen Ursprünge des Rechtsextremismus und den besonderen Entwicklungschancen in Zeiten des Abbaus von sozialen und politischen Rechten.

Gerade das kann ein verhängnisvoller Fehler werden!

Diese Beispiele ließen sich beliebig lange fortsetzen.

Sie machen deutlich, dass die Thüringer Landesregierung konzeptionslos weiter vor sich hin wurschtelt und nicht in der Lage ist, sich den wirklichen Problemen des Landes zu stellen.

Es ist also allerhöchste Eisenbahn, dass der Zug für eine tatsächliche Politikveränderung endlich abfährt. Und dieser Zug kann und wird nur mit uns abfahren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir machen heute mit dem Antrag „Das Jahr 2009 vorbereiten“ noch einmal klar, dass wir die Verantwortung für eine politische Wende in Thüringen übernehmen wollen. Diesen Anspruch müssen wir in den nächsten Monaten immer wieder klar und verständlich formulieren.

Eine Veränderung in diesem Lande wird es nur mit einer starken LINKEN geben.

Ich will heute noch einmal deutlicher formulieren,

**dass wir den Anspruch und das Ziel haben, 2009 in Thüringen stärkste Kraft zu sein.**

Daran darf es in unserem Denken und Handeln keine Abstriche geben.

Das bedeutet aber auch, dass wir alles zur Stärkung unserer Partei tun müssen.

**Die entscheidende Voraussetzung für eine politische Veränderung ist eine gestärkte und geschlossene LINKE.**

Das heißt klar formuliert, als LINKE erkennbar zu sein und zu bleiben.

Dafür haben wir inhaltlich und personell die besten Voraussetzungen.

Es darf keine Verwässerung unserer inhaltlichen Positionen zu solchen Fragen wie sozialer Gerechtigkeit, Bildung, Demokratie oder Frieden geben.

Das sind unsere Erkennbarkeiten. Dafür wird DIE LINKE gewählt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir wollen morgen auf unserem Parteitag einen Ministerpräsidentenkandidaten nominieren. Damit wollen wir klar dokumentieren, dass wir es ernst meinen mit einem politischen Richtungswechsel in Thüringen.

In den letzten Wochen habe ich vielfach von Genossen, aber auch dem Bürger auf der Straße diesen Wunsch gehört. Und wir sollten diesem Wunsch nach einer LINKEN Alternative auch nachkommen.

Mit Bodo Ramelow haben wir nicht **nur eine** Alternative, sondern Bodo ist **eine wirkliche Alternative** zu Althaus.

Deshalb bin ich froh und dankbar, dass Bodo seinen Hut in den Ring werfen wird und ich gehe davon aus, dass wir ihn mit allen Kräften auch unterstützen werden.

Bei Bodo, dessen Vorstellungen und Überlegungen wir morgen hören werden, bin ich mir sicher, dass wir als LINKE noch stärker erkennbar werden!

Und nicht nur Bodo muss mit seiner Kandidatur für unser politisches Ziel stehen. Jeder, der eine Kandidatur 2009 anstrebt, muss bereit sein, sich dieser Verantwortung mit aller Konsequenz zu stellen.

Klar ist aber auch, liebe Genossinnen und Genossen, dass es uns allein kaum gelingt, in Thüringen für Veränderungen zu sorgen.

Dafür braucht es vieler außerparlamentarischer, aber auch parlamentarischer Partner. Viele parlamentarische Partner bieten sich zurzeit nicht an.

CDU und FDP fallen aus.

Grüne sind nicht wahrnehmbar.

Die SPD ist gerade durch Personalfragen mit sich selbst beschäftigt.

Was also tun?

Wenn wir wirklich Veränderungen wollen, und davon gehe ich aus, dann müssen zumindest wir, wenn andere das schon nicht sind, offen sein für alle Optionen, die einer wirklichen Politikveränderung nicht im Wege stehen.

Und natürlich bleibt bei der derzeitigen politischen Situation in Thüringen nicht all zu viel Spielraum. Das wissen wir alle.

**Die Frage, die ich mir stelle, ist:** Will die SPD diese politische Veränderung wirklich oder geht es nur um egoistische machtpolitische Gesichtspunkte?

Diese Frage müssen, glaube ich, nicht wir beantworten.

Diese Frage muss sich die SPD selber beantworten. Wählerinnen und Wähler wissen genau, was sie wollen und wen sie unter welchen Optionen wählen wollen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich das Stellen von Bedingungen an die Wähler durch Christoph Matschie förderlich für die SPD sein kann.

Es kann nur eine Frage geben: stehe ich ehrlich für einen Politikwechsel in Thüringen oder nicht?

Bedingungen für eine noch nicht entschiedene Wahl zu diktieren, ist einfach nur undemokratisch!

Das schadet dem Anliegen, das schadet Thüringen und hilft der Althaus'schen CDU.

Wählerinnen und Wähler können auch keine Bedingungen stellen.

Aber sie geben möglicherweise ihre Stimme für einen Politikwechsel ab. Diese Stimme sollten wir alle, die SPD und die LINKE, respektieren.

Respektieren auch Sie diese Stimmen Herr Matschie.

Der MDR fragte mich in dieser Woche angesichts der derzeitigen Diskussionen in der SPD: Wer wäre Ihnen lieber, Herr Matschie oder Herr Dewes? Ich glaube, angesichts der sozialen Situation in Thüringen ist diese Frage unzulässig. Hier geht es nicht darum, wer mir lieb oder vielleicht nicht ganz so lieb ist.

Hier geht es um die Menschen in Thüringen.

Und da ist mir und uns jeder lieb, der mit uns gemeinsam, **und zwar ohne Vorbedingungen**, eine andere Politik für die Menschen in Thüringen machen will.

Wir sollten uns an Inhalten und nicht an Personen reiben. Anderenfalls lacht sich die CDU auch 2009 wieder ins Fäustchen, wie schon in den Medien nach dem SPD Landesparteitag zu lesen war.

Unter all den genannten Gesichtspunkten bitte ich Euch um eine breite Zustimmung, sicherlich auch mit Veränderungen, zu dem von mir genannten Antrag „ Das Jahr 2009 vorbereiten“.

Mit dem vorliegenden Antrag werden die anstehenden Aufgaben für die Landespartei und die Kreise klar umrissen und abgesteckt.

Es gilt nun, daran zu arbeiten, auf allen Gebieten das Jahr 2009 mit seinen Ebenen einläuten zu können.

Ich bitte alle Gebietsverbände eindringlich, sich schnellstmöglich zu den anstehenden Aufgaben zu verständigen und eigene Maßnahmepläne zu erarbeiten. Die Erfahrung zeigt, dass das Jahr 2009 schneller da ist, als uns vielleicht lieb sein kann.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch die derzeitige Arbeit unserer Partei ist vielfältig und schon auf das Jahr 2009 ausgerichtet. Ich will hier nur auf die Diskussion zum Doppelhaushalt 2008/2009 hinweisen.

Die Landesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der nicht nur ermuntert, sondern Veränderungen erfordert.

Das hat unsere Landtagsfraktion auch gemacht.

Und zwar mit ganz konkreten Vorschlägen für Veränderungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Soziales, Kommunen, Demokratie und Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Also auch vordergründig in den Bereiche, in denen ich vorhin der Landesregierung Versagen unterstellt habe. Diese Vorschläge sind in allen Bereichen untersetzt, ohne das Land in eine weitere Verschuldung bringen zu wollen.

Es ist also unter anderen politischen Prämissensetzungen genug Geld vorhanden, also nicht mit mehr Schulden, wie uns immer böswillig unterstellt wird. Man muss es nur auch für die Menschen einsetzen wollen und nicht für seine „persönlichen Prestigeobjekte“. So wollen wir im Jahr 2008 160 Millionen Euro und im Jahr 2009 190 Millionen Euro anders als die derzeit Regierenden einsetzen.

Das ist sicher noch lange nicht genug, aber auch bei diesen Veränderungsvorschlägen wird die CDU-Mehrheitsfraktion im Landtag auch dieses Mal Parteipolitik vor Vernunft abstimmen.

Ich hoffe, dass es das letzte Mal ist, das nicht die Interessen der Menschen im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, sondern der neoliberale Zeitgeist der CDU.

Dieser schwarze Filz muss endlich gelüftet werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste!

Weil wir denken, dass es für LINKE auch dazu gehört, Utopien zu diskutieren, wollen wir aber auch heute schon ein Stück weiter als nur in das Jahr 2009 blicken.

Mit unserem Landesprogramm Thüringen 2020, was heute erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wird, unterbreitet unsere Partei als bisher einzige in Thüringen einen längerfristigen Entwurf für die Zukunft des Landes und seiner Menschen.

Was war und ist nun Veranlassung für ein solches Perspektivpapier?

Erstens verstehen wir uns bewusst als die Partei, die ihre Politik nicht durch kühle Wahl- und Machtarithmetik bestimmt.

Das darf man natürlich nicht unberücksichtigt lassen, aber ich sage deutlich:

**Wichtiger als Pöstchen und die Sicherung der eigenen Pfründe ist uns das Gemeinwohl der Menschen.**

Wir schielen eben nicht nur vordergründig auf den Wahltag und richten alles darauf ein, um danach dann zu sagen, was schert mich mein Geschwätz von gestern.

**Nein**, wir verstehen es als selbstverständliche Verpflichtung, uns längerfristig für eine perspektivische Entwicklung einzusetzen. Nur so etwas ist für uns verantwortungsvolle und verlässliche Politik.

**Zweitens:** Wenn wir Euch heute hier dieses Landesprogramm vorlegen, müssen wir auch betonen: wir sind nicht die Besserwisser, die Pläne verfassen, um sie dann den Menschen über zu helfen. Nein, das Programm ist unser Angebot im Wettbewerb um die besten Ideen, Konzepte, Lösungen für das Wohlergehen des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Es ist ein Angebot zum Dialog.

Wir laden mit diesem alternativen Konzept zu einer offenen Diskussion über die Zukunftswege Thüringens ein.

Sie sollte nicht von parteipolitischen oder Interessenkonflikten dominiert sein, sondern von der Suche nach den besten Sachlösungen für unser Land.

Sie sollte öffentlich geführt werden und niemanden ausgrenzen.

Sie sollte die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erreichen und deren Ideen nutzen.

Und sie sollte die Fachleute aller Richtungen aktivieren, sich in diese Debatte mit ihren Vorschlägen einzubringen.

Wir verstehen dies als einen gemeinsamen Such- und Lernprozess.

Alle sind aufgerufen, den Weg Thüringens in die Zukunft mitzugestalten. Grundsätzlich sind die Wege und Methoden zu einem zukunftsfähigen, sozial gestalteten Lebens- und Wirtschaftsraum Thüringen in der Mitte Europas an die demokratische Zustimmung und Mitgestaltung der Bevölkerung gebunden.

Sie liegt uns besonders am Herzen.

**Und drittens** veranlasste uns besonders die gegenwärtige Entwicklung in Thüringen, in Deutschland und auf der ganzen Welt über die Zukunft nachzudenken.

Ich nenne einmal nur holzschnittartig die komplizierte Gemengelage, mit der wir es zu tun haben:

Zunehmende soziale Spaltung und verstärkte Armutstendenzen,

alarmierende Demographiezahlen,

entfesselter (Finanzmarkt) Kapitalismus und neoliberales Durchdringen der Gesellschaft bis in die Privatsphäre, zunehmende Veränderungen auf Grund des stark vom Menschen verursachten Klimawandels und

Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg sind nur einige Beispiele von schwierigen Herausforderungen unserer Zeit.

Die Herrschenden in Thüringen und in Deutschland stellen bislang ihre Antworten auf diese Herausforderungen als alternativlos dar und benehmen sich so, als hätten sie ein Monopol darauf.

Doch, die Umfragewerte zeigen es deutlich, ihre Antwort ist immer mehr eine Politik gegen den Mehrheitswillen der Menschen.

Darum ist unser Landesprogramm Thüringen 2020 ein Gegenentwurf zum gegenwärtigen neoliberalen Mainstream.

Ausgehend von einer umfassenden Analyse der gegenwärtigen Situation soll er den Weg für eine selbst tragende Wirtschaftsentwicklung weisen.

Thüringen soll zu einer modernen, zukunftsorientierten und für die Menschen attraktiven Region gestaltet werden. Es werden Leitbilder, Strategien und Handlungsfelder formuliert, mit denen die Schwierigkeiten und Probleme des Landes aufgegriffen, bekämpft und ein neuer gesellschaftlicher Entwicklungspfad eröffnet werden soll.

Manche Vorschläge werden nach Utopie klingen, doch ohne solche ehrgeizigen Ziele gäbe es keinen Fortschritt.

Ich will in diesem Zusammenhang einmal an das Sprichwort erinnern: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

Das ist die Aufgabe einer dem Menschen verpflichteten Partei.

Ich richte von unserem heutigen Parteitag aus die Bitte an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Vereine und Verbände, Organisationen, Einzelpersonen und natürlich auch alle Mitglieder unsere Partei selbst.

Diskutiert mit, verändert, verbessert und ergänzt.

Tragen Sie, tragt Ihr mit dazu bei, dass aus Utopien Wirklichkeiten werden können.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

das Jahr 2007, ein sehr erfolgreiches Jahr, neigt sich dem Ende zu.

Vieles haben wir geschafft, vieles steht schon wieder vor uns.

Nichts wird leichter, aber die Zeit wird spannender.

Es stehen Aufgaben vor uns, von denen wir vor wenigen Jahren noch nicht einmal zu träumen gewagt haben. Träume sind aber dazu da, dass sie wahr werden.

Damit sie wahr werden, müssen wir alle daran arbeiten. Ich glaube fest daran, dass wir das Herz und die Kraft dazu haben.

Das habt Ihr alle tausendmal bewiesen.

Ich persönlich verspreche Euch, alles dafür zu tun, dass sich in Thüringen etwas verändert und ich freue mich auf einem gemeinsamen Wahlkampf mit Bodo.

Das geht aber nur gemeinsam mit Euch, mit allen Mitgliedern und Sympathisanten. Darum bitte ich Euch.

Es geht um alle Menschen nicht nur um uns.

Die Thüringerinnen und Thüringer haben es verdient, dass aus schwarzem Trübsinn roter Frohsinn wird.

Herzlichen Dank.